

PROTOKOLL

Landwirtschaft gestalten Herausforderungen für die Agrarpolitik weltweit

Eine Tagung von

Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugend im ländlichen Raum

Evangelische Akademie Hofgeismar

Dienst auf dem Lande der Evangelischen Kirche Kurhessen-Waldeck

AgrarBündnis e. V.

Zukunftsstiftung Landwirtschaft

20. - 21. Oktober 2010

in der Evangelischen Akademie Hofgeismar

Teil I: Auf dem Weg zu einer neuen Agrarpolitik!? Die Diskussion zur EU-Agrarreform.....	2
Teil II: Bausteine für eine ökologisch-soziale Landwirtschaft	5
Teil III: Die Gesellschaft mobilisieren. Das geht!	7
Teil IV: Zusammenfassung und Fazit.....	16

Teil I: Auf dem Weg zu einer neuen Agrarpolitik!? Die Diskussion zur EU-Agrarreform.

Referate

Dr. Frieder Thomas stellte in seiner Einführung die vor kurzem bekannt gewordene Position der EU-Kommission vor. Demnach gebe es drei Wege für eine EU-Agrarreform.

- Verbesserter Status Quo
- Ausgewogenere und zielgerichtetere Unterstützung von mehr Nachhaltigkeit
- Abschaffung von Marktintervention und Einkommensstützung

Aus dem Entwurf der Kommission sei herauszulesen, dass sie selbst den zweiten Weg für den richtigen hält. Die Referenten erläuterten ihre Sicht der Dinge.

Dr. Dietrich Guth vom BMELV erläuterte nochmals den grundsätzlichen Ablauf des Reformverfahrens und berichtete von den unterschiedlichen Interessen und Zielen der Beteiligten (Interessensgruppen, unterschiedliche Ziele der Mitgliedsstaaten etc.).

Dr. Guth wies auf die Interessen Deutschlands als größter Nettozahler bei der Finanzierung der Agrarreform hin. Außerdem habe die Bundesrepublik Deutschland im Verhältnis zu anderen EU-Staaten beim derzeitigen Programm schon sehr viel geleistet, was der aktuellen Forderung nach einem „Greening“ entspreche. So sei die Entkoppelung fast vollständig umgesetzt und die Anhebung der Flächenprämie für Grünland sei bereits ein wesentlicher Beitrag zum nun diskutierten „Greening“ der Direktzahlungen.

Udo Hemmerling vom Deutschen Bauernverband verwies auf die internationalen Rahmenbedingungen (z.B. WTO-Vorgaben) und gesellschaftlichen Anforderungen (insbesondere Umwelt- und Klimaschutz) für die anstehende Agrarreform. Leitlinie für die detailliertere Ausgestaltung der 1. Säule ist es für den DBV, die Flächenzahlung als „Multifunktionalitätszahlung“ beizubehalten, um hohe Produktions- und Umweltstandards zu halten. Herr Hemmerling bestätigte seinen Vorredner, dass in Bezug auf das „Greening“ von deutscher Seite mit einer einheitlichen Flächenprämie schon viel getan worden sei. Die Einführung von Cross compliance – das Einhalten von bestimmten Rahmenbedingungen als Bedingung für den Erhalt der Direktzahlungen – habe zu überbordendem Bürokratismus geführt und müsse auf wenige repräsentative Kriterien reduziert werden.

Herr Hemmerling wies außerdem darauf hin, dass Begriffe wie „greening“ und „fair“ die Debatte bestimmen, dass aber der Bedeutungsgehalt dieser Worte sehr unklar sei (z.B. Effizienz- oder Extensivierungsgreening?).

Dr. Friedrich-Wilhelm Graefe zu Baringdorf (Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft) vertrat eine Gruppe von rund 30 Verbänden aus Umweltschutz, Landwirtschaft, Entwicklungspolitik und Tierschutz, die sich in einer „Plattform“ zusammengeschlossen und eine gemeinsame Stellungnahme zur EU-Agrarreform abgegeben haben. Er verzichtete darauf, Positionen detaillierter zu erläutern, wies aber darauf hin, dass es durchaus Überschneidungen der Plattform-Positionen mit dem von der EU-Kommission offenbar angepeilten Weg einer ausgewogeneren und zielgerichteteren Unterstützung von mehr Nachhaltigkeit gebe.

Herr Graefe zu Baringdorf ging aber sehr grundlegend auf die Bedeutung der Agrarpolitik und die Notwendigkeiten einer Reform ein. Das marktwirtschaftlich-kapitalistische Wirtschaftssystem bewirke ohne staatliche Steuerung einen starken Konzentrationsprozess (darin unterscheidet dieses System wenig vom gescheiterten sozialistischen System). Die bisherige Agrarpolitik habe diesen Prozess nicht verhindert bzw. gar nicht verhindern wollen und z.T. sogar noch verstärkt. Diese Entwicklung

gehe mit vielfältigen negativen Wirkungen einher (Umwelt, Arbeitsplätze etc.). Es dürfe daher nicht so weitergehen, dass mit einem Instrument (1. Säule, Investitionsförderung in der 2. Säule) diese Entwicklung vorangetrieben und mit anderen (Agrarumweltprogramme, Diversifizierung im ländlichen Raum) die negativen Wirkungen kaschiert würden. Der Kern der GAP müsse so gestaltet werden, dass keine Schäden entstehen. Herr Graefe zu Baringdorf sprach daher dafür aus, dass Mindestbedingungen sowohl im ökologischen (z.B. Mindestanteil Leguminosen an der Fruchtfolge, vielfältige Fruchtfolge) als auch im sozialen Bereich (Bindung der Direktzahlungen an den Faktor Arbeit) für Direktzahlungen formuliert werden müssen.

Dr. Rudi Buntzel vom Evangelischer Entwicklungsdienst präsentierte die Position des Forums Umwelt und Entwicklung, einem Zusammenschluss von Verbänden, die die internationale Relevanz der EU-Agrarreform in den Blick genommen haben. Herr Buntzel kritisierte, dass die EU sich zu ihrer weltweiten Verantwortung in den bisher vorgelegten Papieren nicht angemessen bekenne und dass vielmehr – trotz internem Greening – weiter eine aggressive internationale Strategie im Vordergrund stünde. Die Exportoffensive „Global Europe“ und der Anspruch, die Welt zu ernähren, sei eine aggressive Strategie, die in der Realität die Märkte der Entwicklungsländer schwäche und viel Schaden anrichte. Während die Länder des Nordens ihre Landwirtschaft subventionieren, müssten Länder des Südens, in denen noch weit über die Hälfte der Bevölkerung in der Landwirtschaft arbeitet, sogar einen erheblichen Anteil ihres Steueraufkommens aus der Landwirtschaft erheben. Diese Länder können bei dem gegenwärtigen Wettlauf nicht mithalten.

Die Herausforderungen würden sich angesichts der engen Verzahnung von Energie- und Nahrungsmittelmärkten (Teller-Tank-Debatte) in Zukunft noch wesentlich verschärfen.

Bei dieser Debatte gehe es nicht allein um das besondere Instrument der Exportsubventionen. Bereits das allgemeine System führe dazu, dass europäische Waren afrikanische Märkte problemlos erobern können.

Diskussion

In der Diskussion auf dem Podium und mit dem Plenum wurden insbesondere drei Aspekte vertieft:

Export, Welthandel und Entwicklungsländer

Diejenigen, die die Exportstrategie für europäische Nahrungsmittel für gut heißen, wiesen vor allem darauf hin, dass der Export in Entwicklungsländer gar nicht im Fokus dieser Strategie stünde.

Diejenigen, die auf die Probleme hinweisen, mahnten jedoch Verantwortung an. Die Märkte der Entwicklungsländer würden erheblich unter der Liberalisierung des Welthandels leiden. Wenn die Nebenwirkungen so gravierend seien, wie sie derzeit sind, könne man nicht behaupten, dass man diese Wirkungen nicht wolle und trotzdem nichts dafür tun, sie zu verhindern. Ähnlich wie die reine Marktorientierung innerhalb der EU zu erheblichen Verwerfungen geführt haben, von denen die EU-Kommission jetzt selbst sagt, dass sie korrigiert werden müssen (die neuen Herausforderungen sind vor allem die Beseitigung von Fehlern des alten Systems), müssen die internationalen Wirkungen unserer Agrar- und Handelspolitik rechtzeitig berücksichtigt werden.

Regionalität, Qualität ...

Als Alternative zu einer aggressiven Exportstrategie wurde auch die Ausrichtung auf die eigenen Märkte diskutiert und hier die Regionalität zu betonen. Diese Strategie wird gleichzeitig mit der Hoffnung verknüpft, möglichst viel Wertschöpfung pro Betrieb zu erzielen und damit den permanenten Strukturwandel zu bremsen.

Die Kräfte, die an regionalen Strukturen Interesse haben, scheinen jedoch politisch nur begrenzten Einfluss zu haben. Zitat aus einem Beitrag aus dem Publikum: „Die Politik reagiert auf Marktmacht.“

Erst wenn es so läuft wie in Stuttgart (Bahnhof Stuttgart 21), geht es nicht mehr nur um Märkte und deren angebliche Zwänge, sondern auch um die Frage: Wie wollen wir eigentlich leben und was müssen wir dafür tun?“ Die derzeitige Stimmung in der Bevölkerung erhöhe jedoch den Druck auf die Politik und das sei eine Chance für eine Neuausrichtung.

Anbindung der Agrarförderung bestimmte Produktionsfaktoren

Die Bindung der Agrarförderung an bestimmte Produktionsfaktoren war nochmals ein wichtiges Thema. Es wurde deutlich, dass das Betriebsmittel „Fläche“ vor allem deshalb als Berechnungsmaßstab genutzt wird, weil andere Kriterien nicht WTO-kompatibel sind (Bindung an Produktion oder auch Arbeitskräfte wäre direkte(re) und damit nicht zugelassene Subvention). Damit wurde jedoch deutlich, dass weniger die Ziele der Agrarpolitik ausschlaggebend sind, sondern allgemeine internationale Handelsegeln. Ob diese für die Landwirtschaft, die eben nicht nur ein Gewerbe ist, wirklich sinnvoll sind, müsste weiter diskutiert werden.

Teil II: Bausteine für eine ökologisch-soziale Landwirtschaft

„Weiter so ist keine Option!“ - Der Weltagrарbericht als Leitbild

Als Einführung in den Teil „Bausteine für eine ökologisch-soziale Landwirtschaft“ stellte Benny Härlin von der Zukunftsstiftung Landwirtschaft die Ergebnisse des sogenannten Weltagrарberichts vor. Der Vortrag war für viele sehr beeindruckend. Die Nachfrage, diese Präsentation auch als Einzelveranstaltung anzubieten, ist hoch. Der Vortrag selbst hat bereits umfassende Ergebnisse zusammengefasst, so dass die Kurzfassung an dieser Stelle nicht weiter zusammenfassen kann, sondern sich auf eine kleine Auswahl der präsentierten Aspekte beschränkt.

Eine Wesentliche Besonderheit des sogenannten Weltagrарberichts bestand bereits in der Art und Weise seiner Erarbeitung. Die entscheidende Vereinbarung stand am Anfang dieses Prozesses: Gesucht wird nicht die Bewertung der Chancen und Risiken bestimmter Technologien, sondern die beste Lösung derjenigen Probleme, die Betroffene aller Weltregionen in einer Serie von Konsultationen formulierten. Denn es liegen Welten zwischen der Frage „was kann die Gentechnik zur Bekämpfung des Hungers beitragen“ und der Frage „was sind die wesentlichen Ursachen des Hungers und welche Optionen sind zu seiner Bekämpfung die vielversprechendsten?“ Diese Herangehensweise führte beispielsweise dazu, dass die Gentechnik in dem Bericht kaum eine Rolle spielt und der unverantwortliche Energie- und Pestizideinsatz als eines der größten Probleme für nachhaltige Entwicklung identifiziert wird. Statt High-Tech Forschung und globaler Märkte schnitten in der Effizienzanalyse der Wissenschaftler aus allen Teilen der Welt praktische Maßnahmen wie die systematische Verbesserung der Bildungs- und Kreditmöglichkeiten für Frauen, die Verbreitung angepasster und bewährter Techniken oder die Nutzung und Fortentwicklung lokalen und praktischen Stammes- und Gemeindegwissens erheblich besser ab.

Als Lösung wird demnach auch nicht die „optimale Verwertung durch lineare Ausdehnung“ (industrielles Wachstum), sondern die „bestmögliche Nutzung begrenzter Ressourcen“ (ökologisches Optimum) als Strategie formuliert. Dies lässt sich durch entsprechende Gegensatzpaare veranschaulichen.

Größer	Optimale Anpassung
Schneller	Rechtzeitig
Innovation = neu	Bewährtes verbessern
Standardisierung	Vielfalt
Zentrale Kontrolle	Selbstorganisierte Evolution
Perfekt	Fehlerfreundlich
Steril	Fruchtbar
Mehrwert	Nährwert
Monokulturen	Gärten
Mehr	Genug

Kleingruppen

Die Arbeit am Thema „Bausteine für eine ökologisch-soziale Landwirtschaft“ wurde anhand verschiedener „Bausteine“ (begrenzte Themen) in jeweils 5 parallelen Kleingruppen vertieft.

Bausteine I

- Ernährungssouveränität und fairer Welthandel (Tobias Reichert, Germanwatch)
- Bodenfruchtbarkeit steigern, Grünland nutzen, Klima schützen (Dr. Anita Idel, Mediation und Projektmanagement)

- Umweltleistungen der Landwirte honorieren (Reinhild Benning, BUND)
- Das Land beleben und Regionen stärken (Heiner Sindel, Bundesverband der Regionalbewegung)
- Die (Über)Macht auf den Märkten brechen (Marita Wiggerthale, Oxfam)

Bausteine II

- Regional, saisonal, klimafreundlich: bewusst konsumieren (Hartmut König, Verbraucherzentrale Hessen)
- Nutztiere tiergerecht halten (Sabine Ohm, Provieh)
- Importfuttermittel reduzieren (Kerstin Lanje, Misereor)
- Den ökologischen Landbau stärken (Gerald Wehde, Bioland)
- Gentechnikfreie Land- und Lebensmittelwirtschaft sichern (Annemarie Volling, Gentechnikfreie Regionen)

Die PPT-Präsentationen bzw. Protokolle zu diesen Kleingruppen sind unter [>>> **Tagungen** >>> **Landwirtschaft gestalten**](http://www.agrarbuendnis.de/) einzusehen (<http://www.agrarbuendnis.de/index.php?id=271>).

Teil III: Die Gesellschaft mobilisieren. Das geht!

Gemeinsam handeln. Erfolgreich wirken. Erfahrungen aus der Arbeit von Organisationen und Verbänden (Plenum)

Themen setzen und Öffentlichkeit erzeugen, Martin Hofstetter (Greenpeace)

Martin Hofstetter machte zunächst anhand einer Medienrecherche deutlich, dass eine steigende Präsenz von landwirtschaftlichen Themen in der Presse zu verzeichnen ist.

Im folgenden berichtete er vom strategischen Vorgehen seiner Organisation um gezielt bestimmte Themen in der Öffentlichkeit zu platzieren.

- Steile Thesen setzen: z.B. Sarazin: „Moslems lassen sich nicht integrieren“ Steile Thesen können jedoch ohne ausreichend Substanz reichen nicht aus.
- Reife Themen wählen und ein „window of opportunity“ nutzen. Das heißt: Es gibt Momente, in denen es günstig ist, ein Thema zu platzieren und weniger günstige Momente. So ist das Thema „Fleisch“ derzeit ein „reifes“ Thema, weil es sowohl mit Tierschutz aber auch eng mit Ressourcenfragen (Klima) verbunden ist.
- Geschichten erzählen und bebildern: Mit realen Geschichten werden Emotionen angesprochen. Ähnlich wie bei „Steilen Thesen“: Auch hier muss ausreichend Hintergrund-Expertise vorhanden sein. Sonst werden die Geschichten leicht zu unglaubwürdigen Märchen.
- David-Goliath-Prinzip nutzen (kleines Schlauchboot kämpft gegen riesiges Schiff mit Sojaimporten)
- Gegner taktisch auswählen: Es ist wichtig, dass es eine öffentliche Reaktion auf die eigene Aktion gibt. Daher möglichst einen aufbrausenden Gegner aussuchen. Das fördert das Interesse und schafft eine längere Phase der Öffentlichkeit.
- Medienkooperationen: Mit einzelnen Medien für einen vereinbarten Zeitraum eng(er) zusammenarbeiten. Aber Achtung! Die Kooperationspartner haben eigene Interessen, so dass Medienkooperationen generell schwierig sind.
- Demokratische Rechte einfordern: Wir wollen wissen was mit unserem Geld passiert (Steuern) ⇒ sehr wichtiges Thema.
- Alte Infos in aktuellen Bezug bringen;
- Leitfunktionen übernehmen

Bauern zusammenbringen. Verbraucher hinter sich bringen, Romuald Schaber (Bundesverband Deutscher Milchviehhalter)

Romuald Schaber berichtete von den Erfahrungen eines Verbands, der für „sein“ Thema Unterstützung in der Bevölkerung gesucht und z.T. auch erhalten hat.

Innerhalb der „Branche“ gab es massive Interessensgegensätze (BDM gegen DBV und Milchindustrie inkl. Genossenschaften). Es war von Anfang an klar, dass die Ziele nur durch eine breite Unterstützung durch die Öffentlichkeit erreicht werden können. Für die weitere Strategie heißt dies:

- Sisyphos-Arbeit auf allen Ebenen betreiben (vielseitige Vorgehensweise)
- Unterstützung der Gesellschaft noch weiter ausbauen
- Über Bündnispartner Thematik auf breite Beine stellen

Eine wesentliche Erfahrung ist: die Information der Öffentlichkeit hat sehr schnell Sympathien erzeugt. Die allgemeinen Aktivitäten – sowohl bei vielen Landwirten als auch Solidaritätsbekundungen

in der Öffentlichkeit – flachen jedoch schnell wieder ab. Daher ist es notwendig, eine Basis für eine langfristige Strategie zu schaffen. Daher werden sympathisierende Verbände angesprochen, um Bündnisse zu schaffen. Bündnisse sind wichtig, um nachhaltig erfolgreich zu sein. Befreundete Organisationen kennen ihr Klientel besser und können ein komplexes Thema besser an „ihre“ Mitglieder herantragen. Denn es sehr wichtig, dass die Bevölkerung die komplizierte agrarpolitische Thematik nachvollziehen kann. Auch die Bauern mussten erst verstehen, dass solche Bündnisse wichtig sind. In der Vergangenheit wurde weniger der Schulterschluss mit der Bevölkerung gesucht. Interessensvertretung wurde eher auf dem Weg der engen Verflechtungen zwischen Interessensvertretung und Politik betrieben.

Viele Verbände, trotzdem gemeinsam handeln, Benny Härlin (Zukunftsstiftung Landwirtschaft)

Benny Härlin von der Zukunftsstiftung Landwirtschaft baute auf den Erfahrungen seiner Vorredner auf: Wenn es gelingen soll, die Reform der EU-Agrarpolitik so zu beeinflussen, das damit eine nachhaltige Landwirtschaft gestaltet werden kann, müssen viele Menschen aus unterschiedlichen Bereichen zusammenkommen (Landwirtschaft, ländlicher Raum, Umweltschutz, Tierschutz, Entwicklungspolitik, Nahrungsmittelqualität, Regionalentwicklung etc.).

Es muss klar werden, dass es nicht allein um spezielle Fragen geht, die die Landwirte betreffen, sondern dass es darum geht, wie das gesamte Ernährungssystem nachhaltig gestaltet werden kann.

Bei der Zusammenarbeit so vieler und unterschiedlicher Organisationen und Gruppen gilt es, folgende Regeln zu beachten

1. Regel: Jeder Beteiligte muss für die eigene Arbeit Mehrwert ziehen können!

Es muss daher ein Minimum an übergreifendem Organisationsrahmen geschaffen werden, um den Beteiligten Anregungen zur Verfügung zu stellen (zusätzliche Infos, Service, Materialien).

2. Regel: Es muss organisiert werden, dass Steuerzahler und Verbraucher auf die Höfe kommen und erfahren was EU-Agrarpolitik direkt vor Ort bedeutet.

Nur 1000 Höfe mit ihren realen Geschichten reichen aus, um die Debatte über EU-Agrarreform in die richtige Richtung zu lenken. Mit dem Lokalteil der Presse fängt es an. In Kleinstädten sollte man beginnen. In Gemeinden auf dem Land liegt mehr revolutionäres Kapital als in vielen Städten.

3. Regel: Zusammenhänge erklären. Auf kleinen Baustellen arbeiten und viele kleine Erfolge sammeln.

Nicht von vornherein an den Erfolgen der Bewegung um Stuttgart 21 orientieren. Die Diskussion um das allgemeine Unbehagen und die großen Zusammenhänge (Weltagrarbericht) müssen auf einen Nenner zugespitzt werden: Wir brauchen eine andere Art um über Landwirtschaft zu reden. Das verbindet uns alle! Einen konkreten – lokal wichtigen – Punkt setzen.

Das muss „weltweit“ nicht der wichtigste Punkt sein. Aber vor Ort geht es voran. Das kann vieles sein: Wie viel Tierfabriken, wie viel Soja, welche Art von Fruchtfolgen? Vermaisung der Landschaft?

4. Regel (langfristig wichtig): Zusammenarbeit schafft Vertrauen.

Wenn man bei einem Thema mit anderen Organisationen erfolgreich zusammen gearbeitet hat, kann man auch mit anderen Themen weitermachen.

5. Die wichtigste Regel für die kommende Agrardebatte (frei nach Kennedy):

Nicht fragen, was kann die Kampagne für meinen Verband tun, sondern was kann mein Verband für die Kampagne tun?

Arbeitsgruppen (4 Gruppen parallel)

AG „Ernährung, Gesundheit, Qualität und Regionalität“

Zu Beginn gaben die ReferentInnen jeweils einen Überblick über ihre Arbeit.

Rupert Ebener (slow food):

- Die Philosophie von slow food ist: Was auf den Tisch kommt, soll gut, sauber, gerecht sein; Ernährung ist mehr als nur die Befriedigung von Hunger.
- Gesundheit ist eher abhängig von wie viel, wo, was und wie wir essen und nicht nur davon, immer gesund oder ökologisch zu essen.
- Benny Härlin hat in seinem Vortrag den Flaschenhals (Sanduhr) zwischen Produzenten und Konsumenten beschrieben: Nur sehr wenige Verarbeiter und Handelsunternehmen bestimmen die Kommunikation zwischen vielen Produzenten und noch mehr Konsumenten „Terra Madre“ ist slow foods Antwort auf diesen Flaschenhals.
- Slow food ist nicht nur ein „Verein der Genießer“. Das Genießen von Lebensmitteln ist eher das, was die Leute anfangs fängt.
- Auch bei slow food ist Regionalität ein zentraler Begriff, doch ist die Schwierigkeit beim Umgang und der Definition mit dem Begriff allen bewusst.
- Slow food veranstaltet 2 große Messen; die Aussteller haben sehr strenge Vorschriften v. a. bezüglich der Lebensmittelzusätze (Beispiel: keine Glukose in Bratwurst)
- Slow food möchte auch in Vergessenheit geratene Lebensmittel promoten („Arche“)
- Nur wenige Produkte können mit dem slow food Label verkauft werden (sog. Presidure-Produkte)

Brigitte Hilcher (Bundesverband der Regionalbewegung; Tag der Regionen)

- Siehe auch PPT Präsentation

Brigitte Hilcher beschreibt die Aktivitäten des Bundesverbands der Regionalbewegung (insbesondere den Tag der Regionen). Im folgenden geht sie die Trends auf dem Markt der Regionalität ein : Die Nachfrage nach Regionalprodukten nimmt stark zu. Das bewirkt jedoch auch, dass viele Produkte beworben werden, die keine Regionalprodukte im engeren Sinne sind. Frau Hilcher stellt hier die Ergebnisse eines Forschungsprojekts vor. Es ist daher eine wichtige Aufgabe, Regionalität glaubwürdig zu definieren. Frau Hilcher präsentiert einige Produkte, bei denen es ihr gelungen erscheint. Der Bundesverband der Regionalbewegung versucht derzeit in einem Projekt, eine bundeseinheitliche Definition für Regionalprodukte (verbunden mit einer Siegelvergabe) zu definieren.

Alexa Wedler beschreibt die Aktivitäten der Verbraucherzentrale Hessen.

- Die Arbeit der Verbraucherzentrale verändert sich im Laufe der Zeit und mit den an sie gestellten Ansprüchen
- Es herrscht definitiv eine Diskrepanz zwischen dem Wissen und dem tatsächlichen Handeln der Verbraucher. Zum Beispiel: viele Verbraucher finden Bio gut, entscheiden sich aber beim Einkaufen aber doch für das günstigere Produkt.
- Die Verbraucherzentrale informiert über u.a. über aktuelle Gesetzgebung und Kennzeichnungsvorschriften.

Die Vorträge der ReferentInnen sind die Grundlage für die Diskussion in der Arbeitsgruppe: Wen wollen wir wie mobilisieren?

Wichtig ist die Auswahl der Instrumente? Neben politischen Veränderungen (Richtlinien, Gesetze) muss auch Hilfe zur Selbsthilfe angeboten werden. Und das ist nicht allein der Austausch von Gedanken und Worten auf intellektueller Ebene. Neben „bio“ gibt es auch andere sehr subjektive Kriterien, die das Kaufverhalten bestimmen, wie zum Beispiel Regionalität und Geschmack. Diese Kriterien müssen auch irgendwie „objektiv gemacht“ (also neutral beurteilbar) werden.

Die Erfolge der Politik müssen auf lokaler Ebene ankommen. Das müssen lokale und regionale Initiativen vor Ort gewährleisten.

Alle guten Gedanken, die zum Beispiel auf einer solchen Tagung entstehen, müssen auch „unten“ ankommen. Beispiel: Kochausbildung, Schulen. Es muss also ganz unten mobilisiert werden. Ernährung und Kochen ist aber schwer im Stundenplan unterzubringen. „Man muss das dicke Brett der überlasteten Lehrerschaft an- und durchbohren!“ Das Thema Ernährung im Bildung sollte auch durch die Politik und den Gesundheitssektor unterstützt werden, als Prävention für hohe Kosten im Gesundheitssystem.

Die Beziehung Konsument-Produzent ist ein sehr zentraler Punkt. Es gibt aber eine zunehmende Entfremdung zwischen diesen Gruppen (weniger Direktvermarktung, Flaschenhals, Landwirtschaft selbst auf den Dörfern immer weniger Bedeutung). Label können aber nur sehr reduziert informieren. Sie sind teilweise sehr schwer nachzuvollziehen (Qualitätskriterien, Vorschriften etc.) Lokale Netzwerke helfen, sich von Plagiaten abzusetzen.

Es gibt derzeit zunehmende Ansätze, das Verhältnis zwischen Produzenten und Konsumenten nicht allein über das Produkt wieder zu intensivieren. Ein Schritt in diese Richtung ist „Städter werden Bauern“ von slow food. Hier geben Städter den Bauern finanzielle Unterstützung. Ein anderer Teilnehmer berichtet von der Community-Supported-Agriculture-Bewegung: Hier werden Nicht-Landwirte Teilhaber von Landwirtschaftlichen Betrieben. Das fördert die regionale Vermarktung und das Öffnen der Höfe für die Bevölkerung.

In Bezug auf die Vermarktungsstrukturen wird in der Arbeitsgruppe das Thema „Regionalmärkte“ diskutiert. Neben traditionellen Wochenmärkten geht es darum, auch innerhalb von Supermärkten klare Regionaltheken abzugrenzen. Das ist nicht nur für die Konsumenten wichtig. Denn auch für die Landwirte, die ihre Produktion und Vermarktung gerne stärker regional ausrichten möchten, gibt es Unsicherheiten. Regionalmärkte können daher auch für die Produzenten einer Region ein Orientierungspunkt für ihre Vermarktung(Konzeption) sein.

Gute Marketingkonzepte brauchen jedoch auch Geld für Konzeption und die Startphase der Umsetzung. Gerade das haben kleinere Produzenten nicht. Hier bedarf es der öffentlichen Unterstützung.

AG „Schöpfung bewahren“

Die Arbeitsgruppe wurde durch drei Impulsreferate eingeleitet:

Reinhild Benning beschrieb die Arbeit des Bund für Umwelt und Naturschutz und erläuterte anhand von Beispielen, welche Erfolge die Arbeit von Verbänden und Initiativen erzielen kann.

- Bürgerinitiativen gegen Massentierhaltungsanlagen haben bereits einige Anlagen verhindert und tragen anderswo dazu bei, dass die Industrialisierung der Tierhaltung zumindest weniger rasant voranschreitet.
- Beim Klimaschutz ist die Tendenz zur Reduktion des CO₂-Ausstoßes wesentlich auf die Aktivitäten von Umweltverbänden zurückzuführen.

Das Thema Agrarpolitik, Umwelt und Ernährung wird ein Schwerpunkt BUND-Arbeit im kommenden Jahr sein.

Als Thema, was deutsche Landwirte, Umweltschützer aber auch entwicklungspolitisch engagierte Menschen gleichermaßen bewegen könnte, wird die Eiweiß-Frage (Futtermittel) diskutiert.

Christoph Then erläutert die Arbeit von „kein Patent auf Leben“, einem Zusammenschluss verschiedener Verbände und Organisationen zu einem speziellen Thema. Im Zentrum der Arbeit steht die Verhinderung des Zugriffs auf Saatgut durch wenige Wirtschaftsunternehmen. Patente wirken 20 Jahre als Blockade für den Zugang zu genetischen Ressourcen. Neben der Patentierung ist die Einführung der grünen Gentechnik ein wesentliches Thema. Die 5 größten Saatguthersteller kommen aus dem Agrogentechnik-Bereich. Insbesondere das Patentrecht hat hier zu einer monopolartigen Marktmacht beigetragen.

Mit dem zunehmenden Einfluss der Wirtschaft im Lebensmittelbereich sinkt der Einfluss, den die Politik hat. Angesichts der fundamentalen Bedeutung der Welternährung, darf die Steuerung jedoch nicht allein wirtschaftlichen Akteuren überlassen werden, sondern muss wieder stärker von der Gesellschaft (= Politik) erfolgen.

Georg Jansen berichtet von den vielfältigen agrarpolitischen Erfahrungen der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft. Die derzeitige Diskussion über die EU-Agrarreform ist nicht die erste. Als Handlungsansätze für eine möglichst breite öffentliche Debatte zeigt er verschiedene Möglichkeiten auf.

Es gibt Themen, die eher in der landwirtschaftlichen Fachöffentlichkeit debattiert werden. Andererseits gibt es Themen, für die auch in der allgemeinen Öffentlichkeit Sensibilität herrscht: soziale Fragen der Geldverteilung hier bei uns, aber auch Fragen der internationalen Gerechtigkeit; Milch; Gentechnik und Sortenvielfalt;

Um die Themen in verschiedene gesellschaftliche Ebenen hineinzubekommen, plädiert Georg Janßen für Bündnisse.

Innerhalb seiner eigenen Organisation berichtet Georg Janßen erfreut über das Engagement junger Mitglieder; hier sprudelt es an Ideen für öffentlichkeitswirksamen Aktionen. Es geht als nicht allein um „breite“ Bündnisse, sondern auch darum, alle engagierten mit ihren jeweils besonderen Fähigkeiten (von Expertenwissen bis zu Ideen für gute Aktionen) zusammenzubringen.

Eine wichtige Grundlage für die weitere Arbeit ist jedoch das Auflösen von „Mythen“. Neben einer guten Fachdiskussion ist es wichtig, kurze und leicht verständliche Argumentationshilfen zu haben, um die Agrardebatte aus den Spezialistenkreisen herauszulösen.

Diskussion

In der Arbeitsgruppe wird dann diskutiert,

auf welche **Themen** aus dem weiten Feld der Agrardebatte ein besonderer Schwerpunkt gelegt werden soll, um eine möglichst breite Diskussion zu ermöglichen. Dabei wurden genannt:

- Fairness; soziale Gerechtigkeit; Machtverteilung im Ernährungs- und Landwirtschaftssektor
- Eiweiß (wichtig, aber nicht einfach zu vermitteln)
- Boden (Eigentumsfragen, Flächenverbrauch)
- Boden (Qualität, Humus, Fruchtbarkeit etc.)
- Tierhaltung; Industrialisierung
- Ernährung
- Gentechnik
- Landschaft („Vermaischung“ u. a. m.)

welche Aktivitäten und Aktionsformen notwendig sind:

- ein gemeinsames Überthema finden, um deutlich zu machen, dass wir gemeinsam handeln
- Thema nicht negativ besetzen! Wir zeigen wo es hingeh!!!

- am Weltagrarbericht anknüpfen: Ressourcen, Klima, Zukunft der Ernährung (erst danach auf andere Themen herunterbrechen)
- einfache Argumentationshilfen
- die Leute auf die Höfe bringen (Situation konkret werden lassen)
- verschiedenste politische Ebenen (EU, Bund, Land, Kommunalpolitik) ansprechen (ggf. mit unterschiedlichen Themen)
- die Medien nutzen, die einem selbst am nächsten sind (kommunale Zeitungen)

AG 3: Solidarische Welt

Die Arbeitsgruppe „Solidarische Welt“ wurde von Ulrich Jasper (AbL) moderiert. In den Impulsvorträgen und Diskussionen der Gruppe sollten der Mensch in den Vordergrund gestellt und die Auswirkungen des Handels auf den Menschen diskutiert werden. Ulrich Jasper stellte eingangs die Frage, was solidarisches Handeln bedeutet.

Nach den einleitenden Worten von Ulrich Jasper stellte Frau Dr. Anke Schekahn den Verein „Bestes Bio – Fair für alle e.V.“ vor (siehe PPT). Er entstand auf Initiative von Unternehmern der Biobranche. Sie beobachteten, dass Werte wie „Solidarität“ und „Fairness“ – eigentlich Grundprinzipien des Ökologischen Landbaus – bei der Entwicklung von einer Bewegung zu einer Branche verloren gehen. Anke Schekahn berichtete von den schwierigen Diskussionsprozessen unter den Mitgliedern des Vereins. Es war nicht einfach, das Kriterium „Fairness“ konkret zu fassen und an vielfältige betriebliche Bedingungen und an unterschiedliche Produzenten-Abnehmer-Verhältnisse (Wertschöpfungsketten) anzupassen.

Die konkrete Diskussion zu diesem Vortrag bezog sich dann vor allem auf Details der Definition von Fairness in regionalen Zusammenhängen und die Umsetzung der Ziele durch die Vermarktung der „Fairen“ Produkte durch ein Logo.

Berit Thomsen von der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) stellte die Arbeit der Arbeitsgemeinschaft Landwirtschaft und Entwicklung (AGLE) im Forum Umwelt und Entwicklung vor. Sie stellte wesentliche Hintergründe der Reform der GAP dar und zeigte die Zusammenhänge und Konsequenzen der GAP für die Entwicklung der Länder des Südens auf. Davon leitete sie die Forderungen an die Politik ab (siehe PPT).

Die Diskussion nach diesem Vortrag drehte sich einerseits vor allem um die Notwendigkeiten und Möglichkeiten der Steuerung des internationalen Handels mit Agrarprodukten (Exportsubventionen, Import/Exportbegrenzungen, Schutz einheimischer Märkte in Entwicklungsländern). Andererseits wurden Erfahrungen und Möglichkeiten der Information zu diesem sehr komplexen Thema für die allgemeine Öffentlichkeit diskutiert.

Der dritte Impulsvortrag wurde von Herrn Romuald Schaber, dem Vorsitzenden des Bundesverbands Deutscher Milchviehhalter e.V. gehalten: Eine solidarische Welt zu schaffen ist ein gewaltiger Anspruch. Die allgemeine Denkweise der Wirtschaft ist es vielmehr eigene (egoistische) Interessen durchzusetzen. Um eine solidarische Welt zu schaffen, bedarf es klarer Regeln, die nicht auf Freiwilligkeit basieren können, sondern bindend sein müssen.

Ein wichtiges Konzept im Zusammenhang mit einer solidarischen Welt ist die „Ernährungssouveränität“ – kurz: das Recht aller Länder weltweit auf eine Versorgung auf der Basis eigener Ressourcen. Dazu muss es im Rahmen der WTO-Verhandlungen Diskussionen geben. Es ist mehr Ethik in der Debatte erforderlich. Vor allem muss der schwachen Position der Entwicklungsländer gegenüber den großen Konzernen entgegengewirkt werden.

Die Position des Bundesverbands Deutscher Milchviehhalter ist die Konzentration europäischer Erzeugung auf den europäischen Markt, um Dumping zu vermeiden bzw. damit Dumping nicht mehr

nötig ist. Dazu bedarf es auch einer Mengendeckelung auf Produzentenebene, nicht auf Molkereiebene. Es bedarf klarer Marktregeln, um eine Produktion ohne Dumping zu erzielen. Als negatives Beispiel für eine liberalisierte Produktion führte Herr Schaber die Liberalisierung der Zuckerproduktion an. Es bedarf einer flexiblen Angebotssteuerung auf einem fairen Preisniveau.

„Faire Milch“ zum Beispiel muss bedeuten, dass es auch innerhalb der Region bzw. eines des Staates faire Strukturen und Bedingungen gibt. „Fair“ heißt: fair gegenüber der Umwelt, den Tieren und den Landwirten – und das mit einer langfristigen Perspektive. Dabei müssen auch die Verbraucher einbezogen werden.

„Faire Milch“ zeichnet sich durch ihre Regionalität und kurze Transportwege aus. In der Praxis müssen sich also regionale Kooperationspartner zusammenfinden und eine regionale Verarbeitung angestrebt werden.

In der Arbeit für eine fairere Milchwirtschaft muss einerseits das große Rad gedreht werden – und andererseits muss man im Kleinen (regional) aktiv werden.

In der anschließenden Diskussion wurde verschiedene Aspekte vertieft:

- Kooperation von Milchbauern mit anderen Organisationen bzw. Bevölkerungsteilen, um deren Arbeit zu unterstützen
- Kooperation der deutschen/europäischen Milchbauern mit Milchbauern in Entwicklungsländern; hier gibt es einen intensiven Austausch mit afrikanischen Milchbauern.
- Ansatzpunkte auf verschiedenen Ebenen: Wirtschaft, Politik und Verbraucher.

Mit dem letzten Aspekt ging die Diskussion zur Frage über, wie agrarpolitische Themen in die Gesellschaft getragen werden können. Es wurden genannt:

Politik

- Der Staat trägt Verantwortung. Von ihm muss eine Politik im Sinne der Gesellschaft gefordert werden.
- Steuerung durch die finanziellen Mittel der EU (politische Steuerung und Einflussnahme durch veränderte Verteilung von EU-Mitteln).

Verbraucher

- Verbraucheraufklärung.
- Verbraucher sind grundsätzlich schwer zu gewinnen

Wirtschaft

- Die nächste Krise der Milchwirtschaft hinsichtlich der Preise ist schon vorprogrammiert, daher muss sich etwas ändern.

Es wurde außerdem diskutiert, welche Arbeit können die hier (bei der Tagung, in der Arbeitsgruppe) Anwesenden leisten können

- Der Austausch mit und unter den Landwirten, die Zusammenarbeit verschiedener Initiativen und die Bündelung der Inhalte ist möglicherweise zielführender als die Erarbeitung einzelner Positionspapiere.
- Die Kommunikation und Vernetzung untereinander ist sehr wichtig.
- Der Informationsaustausch auf Verbraucherebene muss gestärkt werden.
- Um das Thema der Öffentlichkeit näher zu bringen, ist der Erlebnischarakter wichtig – beispielsweise durch Veranstaltungen direkt vor Ort auf dem landwirtschaftlichen Betrieb.
- Der Druck von unten muss durch Kampagnenarbeit gestärkt werden. Die Verbraucher sind unzufrieden und sind daher empfänglich für die Diskussion um die Agrarpolitik. Es muss jedoch eine

gemeinsame starke Kampagne umgesetzt werden. Die Konzepte der einzelnen Verbände und Initiativen müssen zusammenfließen – und auf regionaler oder lokaler Ebene umgesetzt werden.

- Ernährungssouveränität und Nachhaltigkeit sind Begriffe, die in der Diskussion mit Inhalt gefüllt werden müssen. Ernährungssouveränität ist beispielsweise nicht nur ein Thema der Entwicklungsländer, sondern auch innerhalb der Europäischen Union relevant.

AG 4: Respekt und Schutz der Tiere

Die Arbeitsgruppe begann mit drei Impulsreferaten

Heidrun Betz präsentierte die Positionen des deutschen Tierschutzbundes (siehe PPT). Tierschutz von Nutztieren sei ein Anliegen des Großteils der Bevölkerung und daher auch eine der wichtigsten Aufgaben der GAP.

Frau Betz machte u.a. deutlich, dass die Ziele des Tierschutzes mit dem vorhandenen rechtlichen Rahmen nur begrenzt durchgesetzt werden können: Viele Verhaltensstörungen und Gesundheitsprobleme treten bei juristisch korrekten Formen der Tierhaltungen auf.

Daher muss die Frage gestellt werden, wo Handlungsbedarf besteht:

- Verbraucher müssen mobilisiert werden. Sie müssen erkennen dass sie eine Macht haben zu erkennen was für Produkte sie kaufen.
- Es müssen Grundlagen für politische Arbeit geschaffen werden (z.B. ein Tierwohl-Label).
- Wenn man politisch nicht weiter kommt muss auf anderen Ebenen weiter gearbeitet werden (z.B. die Klagemöglichkeit), denn im Tierschutzgesetz ist artgerechte Haltung gefordert. Es kann jedoch nur ein Bundesland Klage einreichen - nicht der Tierschutzverband.
- Für viele Tierarten gibt es keine konkreten Richtlinien für eine artgerechte Haltung.

Torsten Walter berichtete von den Erfahrungen des Vereins NEULAND, der ein Label für Fleisch aus artgerechter Haltung entwickelt hat, welches von Landwirten und Metzgern genutzt wird.

Seit den 80er Jahren gibt es das Label für Produkte aus artgerechter Tierhaltung. Erzeuger und Vermarkter können dadurch einen Vermarktungsvorteil erzielen. Es besteht eine große Nachfrage nach tierfreundlichen Produkten.

Eckart Niemann von der Initiative „Bauernhöfe statt Agrarfabriken“ berichtete von den Erfahrungen aktiver Bürgerinitiativen vor Ort.

- Es gibt zwei Strömungen: 1. Der Tierschutz und 2. Der Kampf gegen die großen Agrarfabriken.
- Seit circa 2 Jahren gibt es eine massive gesellschaftliche Bewegung gegen Agrarfabriken und andere, damit zusammenhängende Themen (grüne Gentechnik, Futtermittelimporte etc.)
- Die Initiativen gegen den Bau von Agrarfabriken haben in den letzten 2 Jahren massiv zugenommen.
- Verschiedene Verbände aus Landwirtschaft, Tierschutz, Umweltschutz und Entwicklungspolitik setzen hier an. sie haben ein gemeinsames Papier erstellt und unterstützen – je nach ihren Möglichkeiten – die lokalen Initiativen. Die Bürgerinitiativen werden vernetzt, ermutigt und bekommen Arbeitsmaterial zur Verfügung gestellt.
- Die Bürgerinitiativen sind bundesweit vertreten haben aber je nach Region unterschiedliche Schwerpunkte. Es gibt sogar eine Bewegung gegen die Entstehung einer Agrarindustrie im Bereich des ökologischen Landbaus. Denn auch hier finden Wachstums- und Konzentrationsprozesse statt. Ein Aspekt, warum sich Bistros gründen, ist oft auch der Umweltschutz: z.B. Geruchs- und Schadstoffemissionen. Oft sind Betriebe z.B. zu nah am Ort oder zu nah an Gewässern.

- Neben den Aktivitäten vor Ort gibt es auch überregionale Aktivitäten wie z.B.: Definition von „Massentierhaltung“; Initiativen für die Änderung von Nutztierhaltungsverordnungen; Initiativen für die Entwicklung von Labeln zur Deklaration artgerechter Tierhaltung u.a.m.

In der Diskussion wurden weitere Aspekte thematisiert

- Überproduktion in der Tierhaltung
- welche Rolle spielen Investitionsförderungen?
- Die Bedeutung von Antibiotika in der Tierhaltung und die Bedeutung der Unternehmen, die Tierarzneimittel bereit stellen.
- In der bisherigen GAP kommt der Tierschutz nicht wirklich vor und auch in der Debatte zur Agrarreform spielt er derzeit nur eine untergeordnete Rolle.

Teil IV: Zusammenfassung und Fazit

Siehe Download „Handlungsansätze für die weitere Arbeit“